

Miriam Heigl

Peripherer Staat oder 'failed states'? Zur Analyse von Staatlichkeit in abhängigen Formationen am Beispiel Mexiko

Eine Renaissance staats-theoretischer Analysen ist derzeit sowohl im Rahmen kritischer Debatten (vgl. u.a. Hirsch 2005; Jessop 2005; Altvater/Mahnkopf 2002: 259-344) als auch im politikwissenschaftlichen Mainstream (vgl. u.a. Leibfried/Zürn 2006) zu beobachten. Im Vordergrund stehen dabei die Transformationen des Staates in den zentralen Regionen des kapitalistischen Weltsystems. Wie die aktuellen Transformationen von Staatlichkeit in abhängigen Formationen analysiert werden können, ist hingegen Thema des vorliegenden Beitrags.¹ In den 1960er und 1970er Jahren stand der periphere Staat bereits einmal auf der Tagesordnung materialistischer Analysen. Implizit theoretisiert wurde er im Rahmen der Dependenztheorie, explizit in der Debatte um die Staatsableitung. Diese Diskussionen ignorierten tendenziell die Bedeutung von sozialen Auseinandersetzungen und waren stark strukturalistisch gefärbt. In den 1980er Jahren ebte das Interesse am Staat ab. Seit Beginn des neuen Jahrtausends rückt Staatlichkeit im Süden unter dem Label *failed states* erneut in den Fokus der akademischen Auseinandersetzung. Diese neue Diskussion bezieht sich vor allem auf die Bedeutung von internen Akteuren, z.B. Paramilitärs, und zeichnet sich durch die geringe Berücksichtigung globaler Strukturen aus.² Im vorliegenden Beitrag wird auf die letztgenannten Debatten als Ausgangspunkt rekurriert, um aufzuzeigen, welche Erkenntnisse und Anregungen sie heute für eine Analyse von Staatlichkeit in abhängigen Formationen und deren Transformationen liefern können und wo sie in theoretische Sackgassen münden. Zu konstatieren ist, dass sowohl die Dependenztheorie und die Staatsableitung als auch die Studien zu *failed states* eine defizitäre Vermittlung von strukturellen Aspekten und Akteurshandeln aufweisen. Deshalb werden in einem zweiten Schritt die Konturen eines alternativen Analyserasters von Staatlichkeit in abhängigen Formationen umrissen, das auf regulationstheoreti-

-
- 1 Für Anmerkungen danke ich Nicola Sekler, Sabah Alnasser, Ulrich Brand und Thomas Sablowski.
 - 2 Auf die Debatte um die Rolle des Staates in Industrialisierungsprozessen, die sich insbesondere auf die ostasiatischen *Newly Industrializing Countries* bezieht (vgl. u.a. Amsden 2001; Lall 2003) wird an dieser Stelle nicht eingegangen, da sich die kritische Auseinandersetzung im ersten Teil des Aufsatzes auf staats-theoretische Untersuchungen peripherer Gesellschaften im Allgemeinen fokussiert.

schen Überlegungen, gramscianischen Anregungen und Elementen der materialistischen Staatstheorie basiert. So kann ausgelotet werden, über welche Handlungsspielräume nationale Akteure angesichts der Limitierung durch globale Strukturen verfügen und inwieweit internationale Akteure in nationale Strukturen eingebunden sind und diese mit gestalten. Dies erscheint grundlegend, um zu einer konkreteren Einschätzung der Stabilität globaler, neoliberal-kapitalistischer Vergesellschaftung zu kommen und damit auch zur Diskussion über Bedingungen und Hindernisse für deren Überwindung. In einem dritten Schritt werden die aktuellen Transformationen von Staatlichkeit in Mexiko untersucht.

1. Theoretische Bestandsaufnahme

1.1 Debatten um Dependenz und die Form des peripheren Staates

In den staatstheoretischen Debatten der 1970er und 1980er Jahre wurde versucht, auf einem abstrakten Niveau grundlegende Charakteristika des *peripheren Staates* zu bestimmen. Bei der Formulierung der Dependenztheorie ging es ursprünglich darum, die theoretische Auseinandersetzung mit der Modernisierungstheorie aufzunehmen und deren zentralen Thesen Paroli zu bieten. Der Ausgangspunkt der marxistischen Strömung der Dependenztheorie ist die weltumspannende Struktur des kapitalistischen Weltsystems. Dessen zentrale Einheiten – die nationalstaatlich organisierten Gesellschaften – befinden sich in der Position der Metropole oder des Satelliten. Die Ausbeutungsbeziehungen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung und von politischen Beziehungen resultieren in der Unterentwicklung von Ländern und Regionen, die in der Position des Satelliten angesiedelt sind (Frank 2000, für einen historischen Überblick über verschiedene Strömungen siehe Kay 1989: 125-196; Menzel 1995: 211-230). Der periphere Staat ist politisch abhängig und agiert daher in sämtlichen peripheren Gesellschaften mit einer Zielvorgabe: Der Aufrechterhaltung der abhängigen Weltmarktintegration der Satelliten (Frank 1980).

Ein weiterer Versuch, den peripheren Staat – diesmal ausführlich und explizit – zu theoretisieren, erfolgte im Rahmen der bundesdeutschen Staatsableitungsdebatte. Das Anliegen war, die Charakteristika des kapitalistischen Staates aus den Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation ‘abzuleiten’ (vgl. dazu auch Gerstenberger in diesem Heft). An der Ausdehnung dieser Debatte auf periphere Formationen waren maßgeblich Dieter Senghaas, Georg Simonis, Rainer Tetzlaff und Tilmann Evers beteiligt. Letzterem zufolge muss die Analyse des Staates in der kapitalistischen Peripherie zwei grundlegende Konstitutionsbedingungen berücksichtigen: Erstens, dass die Produktion und Reproduktion der peripheren Wirtschaften sowohl nach ihrer ökonomischen als auch nach ihrer gesellschaftlichen Seite wesentlich über den Weltmarkt vermittelt ist (Evers 1977: 22); und zweitens, dass periphere Gesellschaften eine

strukturelle Heterogenität aufweisen, welche aus der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise bei gleichzeitigem Fortbestand nicht-kapitalistischer Austausch- und Produktionsformen resultiert (ebd.: 94-99). Folge dieser Konstitutionsbedingungen ist die Inkongruenz von politischer und ökonomischer Sphäre in der Peripherie, da Letztere wesentlich außerhalb des geographischen ‚nationalen Raums‘ liegt, wohingegen der Staat primär auf den nationalen Rahmen bezogen ist. Aufgrund des Souveränitätsprinzips in den internationalen Beziehungen gewinnt die politische Sphäre einen erheblichen Vorsprung an Autonomie gegenüber der ökonomischen (ebd.: 79-94). Daher erfüllt der periphere Staat funktionale Erfordernisse – z.B. hinsichtlich der Gewährleistung der Weltmarktintegration – in Formen, die der gesellschaftlichen Realität widersprechen (ebd.: 100-152). Im Laufe der Debatte wurde offensichtlich, dass sich auf dem Abstraktionsniveau der Formanalyse kein Unterschied zwischen metropolitanem und peripherem Staat bestimmen lässt (Hansisch/Tetzlaff 1981: 19). Auf einem konkreteren Abstraktionsniveau gerät die Definition des peripheren Staates zur Negativbestimmung, da er sich nur aufgrund seiner ‚mangelnden Funktionserfüllung‘ z.B. hinsichtlich der Durchsetzung allgemeiner Tauschregeln, vom metropolitanen Staat unterscheidet.

Obwohl sich die Dependenztheorie und die Staatsableitungsdebatte in ihrer Schwerpunktsetzung fundamental unterscheiden, sind bezüglich einzelner Aspekte Übereinstimmungen zu konstatieren: So gerät ihren Vertretern aufgrund der Strukturfixierung aus dem analytischen Blick, dass es sich beim Staat – auch in abhängigen Formationen – um ein von sozialen, politischen und ökonomischen Kämpfen durchzogenes Terrain handelt. Akteurshandeln führt immer eine gewisse Kontingenz in die historische Entwicklung konkreter Formationen ein – beispielsweise hinsichtlich ihrer Positionierung im Weltmarktzusammenhang. Darüber hinaus müsste thematisiert werden, wie konkrete Politiken – z.B. die exportorientierte Weltmarkteinbindung – intern gegenüber kritischen, subalternen Akteuren durchgesetzt werden. Auch interne Friktionen und Widersprüche in den Staatsapparaten abhängiger Formationen, die sowohl aus den Konflikten zwischen subalternen und herrschenden Akteuren als auch aus den Konflikten zwischen herrschenden Kräften resultieren, müssten untersucht werden.

Das übermäßige Abstraktionsniveau und die veränderten (wissenschafts-) politischen Verhältnisse trugen dazu bei, dass die oben dargestellten Debatten in den 1980er Jahren an Bedeutung verloren. Im Mainstream wurden sie durch die Diskussion um Regierungsformen ersetzt (vgl. u.a. Oliver Costilla 2005: 53). Auch die kritische Debatte wandte sich zunehmend vom Staat ab und konzentrierte sich auf soziale Bewegungen und die Kämpfe um Demokratisierung in der Dritten Welt (vgl. u.a. Alvarez et al. 1998).

1.2 Die Diskussion um zerfallende Staaten und Räume begrenzter Staatlichkeit

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hat sich in der politikwissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen eine Debatte entsponnen, die Staatlichkeit im Süden unter neuen Vorzeichen thematisiert. Kern dieser Debatte sind *failed states*, zerfallende, fragile, schwache Staaten bzw. Räume begrenzter Staatlichkeit. Charakterisiert sind diese durch die mangelnde Durchsetzung eines legitimen staatlichen Gewaltmonopols, eingeschränkte Rechtsstaatlichkeit sowie die geringe Funktionsfähigkeit öffentlicher Dienstleistungen aufgrund mangelnder politischer und administrativer Kapazitäten (Debiel 2005: 12; Risse 2005: 8). Betont wird, dass die Herausbildung eines *failed state* eng verbunden ist mit der Fragmentierung der entsprechenden Gesellschaften und deren „Strukturdefekten“ (Hippler 2005: 5). Herausgefordert wird der Staat beispielsweise durch *warlords* und Milizen, die das staatliche Gewaltmonopol unterminieren, aber auch durch korrupte Staatsangestellte, die nur am Erhalt ihrer Pfründe interessiert sind. In *failed states* bilden sich ‘neue Formen des Regierens’ heraus, die darauf abzielen, unter den gegebenen Umständen dieselben Regierungsleistungen wie klassische Nationalstaaten zu erbringen. Öffentlich-private Kooperationen oder rein private Governance-Formen sind die Regel und nicht – wie in den westlichen Staaten – die Ausnahme. Zudem genießt die Zusammenarbeit lokaler und nationaler Politiknetzwerke mit internationalen und transnationalen Akteuren eine hohe Priorität bei der Bereitstellung von Governance-Leistungen (Risse 2005). Die Debatte um *failed states* behandelt grundlegend andere Fragestellungen als die oben genannten Diskussionen. Der Fokus liegt nicht auf der kritischen Analyse globaler Abhängigkeitsbeziehungen und der Rolle peripherer Staaten in diesen, sondern auf den Aktivitäten interner Akteure. Globale Abhängigkeitsverhältnisse spielen lediglich dann und nur indirekt eine Rolle, wenn es um die Minimierung daraus resultierender ‘Risiken’ geht. Prominent ist insbesondere die Frage, wie das von *failed states* ausgehende Sicherheitsrisiko für die internationale Gemeinschaft reguliert werden kann (Schneckener 2005). Die Aktivitäten der internen Akteure werden als ursächlich für den Verfall von Staatlichkeit betrachtet. Hier zeigen sich Parallelen zur Modernisierungstheorie, die auf der Suche nach den Ursachen von Unterentwicklung ebenfalls primär die internen Verhältnisse in den Blick nahm und globale Abhängigkeitsverhältnisse ausblendete. Eine Parallele zu den im vorhergehenden Abschnitt diskutierten Ansätzen besteht insofern, als in der Diskussion um *failed states* ebenfalls der ‘moderne Nationalstaat’ als Folie dient. Auch hier wird bei der Erörterung von Staatlichkeit außerhalb der Metropolen auf Negativbestimmungen zurückgegriffen. Dieser Bezug auf die OECD-Welt als *role model* bedingt auch die Anschlussfähigkeit an die aktuellen realpolitischen Weltordnungsdebatten. Obwohl die hier rekapitulierten Diskussionen wichtige Aspekte der Realität be-

nennen, weisen sie allesamt eine defizitäre Vermittlung von strukturellen Aspekten und Akteurshandeln bei der Analyse von Staatlichkeit im Süden auf: Während die Debatten um Dependenz und Staatsableitung die Bedeutung der Weltmarktstrukturen tendenziell überbewerten, negiert die aktuelle Debatte um *failed states* zumeist eben diesen Aspekt und fokussiert stattdessen im Übermaß auf die Bedeutung von internen Akteuren. Aus der kritischen Auseinandersetzung mit den genannten Ansätzen ergibt sich somit die Frage, wie man heute Staatlichkeit in abhängigen Formationen und ihre Internationalisierung unter Berücksichtigung sowohl von strukturellen Faktoren als auch von sozialen Kämpfen auf einer relativ abstrakten Ebene analysieren kann. Daran schließt unmittelbar die Frage an, ob es überhaupt noch sinnvoll ist, von ‚dem peripheren Staat‘ auszugehen, wie dies in den Debatten der 1960er und 1970er Jahre geschah. Deutlich wurde, dass für die Analyse von Staaten in abhängigen Formationen folgende Problemkomplexe von Relevanz sind: Erstens die Frage, welche Faktoren ursächlich sind für die abhängige Einbindung von Gesellschaften in das kapitalistische Weltsystem; zweitens die Berücksichtigung von Kräften und Kräfteverhältnissen in den jeweiligen Gesellschaften; und drittens die Transformation von Staatlichkeit im Zuge von Globalisierungsprozessen.

2. Konzeptionelle Erweiterungen zur Analyse der Transformationen von Staaten in abhängigen Formationen

Um die kritische Forschung zu Staatlichkeit in abhängigen Formationen voranzutreiben und die genannten Schwächen zu überwinden, scheint der Rückgriff auf die Regulationstheorie sowie auf Analysen von Neo-Gramscianern und Neo-Poulantzianern fruchtbar. Die Regulationstheorie erlaubt, über den weitgehend statischen Abhängigkeitsbegriff der Dependenztheorie hinauszugehen und neben strukturellen Aspekten auch die *strategische Dimension* der Weltmarktintegration zu berücksichtigen. Der Rekurs auf neogramscianische und neopoulantzianische Ansätze ermöglicht die Analyse von Kräfteverhältnissen, ohne strukturelle Aspekte zu negieren. Von besonderer Relevanz sind hier das Konzept der ‚passiven Revolution‘ sowie die Analysen zur Internationalisierung des Staates.

2.1 Die *strategische Dimension* der Weltmarktintegration

Die Regulationstheorie geht über die Konzeptualisierung der internationalen Arbeitsteilung in den oben genannten Ansätzen hinaus und zeigt, dass die Analyse der Weltmarktintegration einzelner Formationen um eine strategische Dimension erweitert werden muss. Sie argumentiert dabei auf einem mittleren Abstraktionsniveau und nutzt intermediäre analytische Konzepte, die eine Vermittlung zwischen der marxischen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise und der konkreten Analyse von Gesellschaftsformationen erlauben (Alnasseri et al. 2001). Dies ist die methodische Voraussetzung, um die histo-

risch-materialistische Staatstheorie stärker auf Diskontinuitäten und konkrete Entwicklungen – beispielsweise die Transformationen von Staatlichkeit in abhängigen Gesellschaften – anwenden zu können (Brand 2003: 304).

Das kapitalistische Weltsystem wird als grundlegend asymmetrisch-hierarchische Struktur sich gegenseitig beeinflussender nationaler Entwicklungsweisen betrachtet. Historische Konstellationen internationaler Hegemonie, in denen relativ stabile Komplementaritäten zwischen den Entwicklungsweisen der bedeutendsten kapitalistischen Länder im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung vorliegen, sind zu unterscheiden von Phasen der Krise und des Übergangs (Aglietta 1982). Neuere regulationstheoretische Arbeiten kritisieren in diesem Zusammenhang den „methodologischen Nationalismus“ (Brand 2003: 307) der älteren Arbeiten, in denen „das Verhältnis von kapitalistischer Produktionsweise und Nationalstaat häufig nicht im Sinne einer historischen Koinzidenz, sondern im Sinne einer logisch notwendigen Implikation begriffen wurde“ (Alnasser et al. 2001: 26). Will man diese funktionalistische Koppelung vermeiden, so ist generell von einer räumlichen Mehrdimensionalität von Akkumulation und Regulation auszugehen (ebd.: 27).

Die asymmetrische Hierarchie des Weltmarktzusammenhangs und die damit verbundenen Abhängigkeitsverhältnisse stellen eine essentielle Voraussetzung globaler Akkumulation dar und werden durch die Akkumulations- und Regulationszusammenhänge der einzelnen Formationen und ihrer jeweiligen Art der Weltmarktintegration kontinuierlich reproduziert. Dies kann als *strukturelle Dimension* der Weltmarktintegration bezeichnet werden. Die Regulationstheorie zeigt darüber hinaus auf, dass die Weltmarktintegration auch eine *strategische Dimension* aufweist, denn die konkrete Positionierung einzelner Formationen ist nicht statisch festgeschrieben, sondern wird durch die internen Verhältnisse maßgeblich mitbestimmt. Im Rahmen der historischen Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems werden diejenigen Formationen dominant oder hegemonial, in denen sich eine kohärente Entwicklungsweise herausbildet und denen es gelingt, diese so mit den internationalen Gegebenheiten zu verbinden, dass sie ein kontinuierliches Wachstum ihrer Ökonomie verzeichnen können. Für die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten eines Landes ist daher von großer Bedeutung, welche Ausrichtung die ‘interne’ kapitalistische Klasse aufweist, beispielsweise ob sie binnenmarkt- oder exportorientiert ist, wie die Lohnabhängigen organisiert sind und welche Art der Institutionalisierung sozialer Kompromisse vorliegt (Hirsch 1993; Hirsch 2005: 101-108; Lipietz 1984). Die Regulationstheorie kann somit im Gegensatz zu den oben genannten Analysen zeigen, dass die Stellung einzelner Formationen im internationalen System – und damit der Grad ihrer Dominanz oder Abhängigkeit – neben einer *strukturellen* auch eine *strategische* Dimension aufweist. Sie fokussiert dabei weniger als die Dependenztheorie und die Staatsablenkungsdebatte auf die globale Struktur des kapitalistischen Weltsystems, son-

dem hebt die Bedeutung einzelstaatlicher Regulationszusammenhänge hervor. Mittels eines regulationstheoretischen Fokus kann so erklärt werden, weshalb sich in bestimmten historischen Konjunkturen in konkreten Gesellschaftsformationen ein Modell des *blutigen Taylorismus* herausbildete, während sich in anderen ein Modell des *peripheren Fordismus* etablierte (Lipietz 1984: 100-102). Im Rahmen des blutigen Taylorismus werden bestimmte Segmente der globalen Produktionsketten in Formationen mit hohem Ausbeutungsgrad ausgelagert. Oftmals handelt es sich dabei um ungelernete Tätigkeiten und Fließbandarbeiten. Der Grad der Mechanisierung ist gering, obwohl die Arbeitstätigkeit gewöhnlich tayloristischen Prinzipien folgt. Im peripheren Fordismus hingegen werden auch höher qualifizierte Produktionsschritte und konzeptionelle Aufgaben im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung übernommen. Trotzdem verbleiben die Anteile der weltweiten Produktionskreisläufe, die auf ausgebildeter Arbeitskraft und vor allem auf Ingenieurstätigkeiten beruhen, nach wie vor außerhalb dieser Gesellschaften. Das ökonomische Wachstum beruht hier auf einer Verbindung von intensiver Akkumulation und dem Wachstum der Endverbrauchermärkte. Während der *blutige Taylorismus* von einer repressiven und flexibilisierten Regulationsweise flankiert wird, basiert der *periphere Fordismus* auf der korporatistischen und weitgehend stabilen Regulation des Lohnverhältnisses. Lipietz zeigt in seinen Ausführungen zum lateinamerikanischen Raum, dass hier der Typus des *blutigen Taylorismus* eng korreliert mit einer exportorientierten Weltmarkteinbindung, wohingegen der *periphere Fordismus* auf einer Strategie der Import-Substitutions-Industrialisierung basiert (vgl. Leborgne/Lipietz 1996).³

Die Relevanz interner Prozesse und Konflikte für den Modus, die Geschwindigkeit und Intensität der Anpassung an veränderte Weltmarktverhältnisse wird am Beispiel des Beitritts Mexikos zum *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) deutlich. Die Neue Internationale Arbeitsteilung, welche sich ab den 1970er Jahren im Kontext der Krise des Fordismus herausbildete, beruht auf dem Kapitalexport in Niedriglohnländer, einer Segmentierung der Wertschöpfungsketten und der Auslagerung industrieller Produktion oder von Teilarbeiten in abhängige Formationen. In diesem Zusammenhang wurde auch die weltweite Handelsliberalisierung über internationale Organisationen und Vertragswerke vertieft. Diese Vertiefung war – wie der GATT-Beitritt Mexikos deutlich macht – intern durchaus heftig umstritten: Während die Vertreter der *Kompradorenbourgeoisie* aufgrund ihrer Abhängigkeit von ausländischem Kapital diesen Beitritt begrüßten, lehnten ihn die auf den nationalstaatlichen Rah-

3 Für den asiatischen Raum – insbesondere für Südkorea – scheint Lipietz hingegen davon auszugehen, dass die Etablierung einer peripher-fordistischen Entwicklungsweise durchaus auf der Basis einer exportorientierten Strategie möglich ist. Für eine umfassende Kritik des Konzepts des peripheren Fordismus, die unter anderem auf diese Inkohärenz verweist, vgl. Jessop/ Sum (2006: 152-186).

men konzentrierten Bourgeoisiefractionen und die Gewerkschaften ab (Johnson Ceva 1998: 126). Seit 1978 wurde über den Beitritt diskutiert, aber erst im Juli 1986 konnte die Kompradorenbourgeoisie ihre Interessen durchsetzen. Mit dem Beitritt zum GATT erfolgten weitere, massive Handelsliberalisierungen (Ortiz Mena 2003: 1-14), die eine spezifische Form der Weltmarkteinbindung beförderten. Diese beruhte nicht mehr auf einer peripher-fordistischen Entwicklungsweise, sondern setzte (abermals) auf eine Weltmarktintegration nach dem Modell des blutigen Taylorismus (ähnlich zu Brasilien, vgl. Leborgne/Lipetz 1996).

Die Regulationstheorie stellt eine Grundlage dar, um auf der intermediären Ebene den für die Diskussion um periphere Staatlichkeit relevanten Abhängigkeitsbegriff und die damit verbundene Strategie der Weltmarktintegration zu spezifizieren. Dabei verweist sie auf die Bedeutung interner Akteure auch in abhängigen Gesellschaften⁴, ohne die Relevanz der Weltmarktverhältnisse zu negieren. Nur so ist zu erklären, weshalb für die lateinamerikanischen Staaten überhaupt der Druck entstand, sich (abermals) einem Entwicklungsmodell zuzuwenden, das dem des blutigen Taylorismus ähnelt. Für die Analyse des integralen staatlichen Terrains, das für die Formulierung von spezifischen polit-ökonomischen Strategien – beispielsweise bezüglich der Weltmarktintegration – essentiell ist, muss allerdings auf Ansätze zurückgegriffen werden, welche die staatstheoretische Lücke der klassischen Regulationstheorie (vgl. paradigmatisch: Aglietta 1979) schließen. Mittels des Rekurses auf die Arbeiten von Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas können sowohl soziale Auseinandersetzungen und Prozesse im 'Vorfeld der Institutionalisierung' als auch innerhalb des institutionellen Terrains genauer untersucht werden.

2.2 Staatlichkeit in abhängigen Formationen: *Passive Revolution und materielle Verdichtung*

Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften in der zivilgesellschaftlichen Sphäre sind, wie Gramsci gezeigt hat, Voraussetzung der Etablierung von Hegemonie. Diese kann als ein Prozess des Ringens um ökonomische, politische, moralische und intellektuelle Führung verstanden werden, in dem im erfolgreichen Fall Konsens hergestellt wird. Hegemonie entsteht, wenn es einer gesellschaftlichen Fraktion gelingt, ihre partikularen Interessen zu verallgemeinern und die aktive Zustimmung anderer gesellschaftlicher Kräfte zu gewinnen. Hegemonie im gramscianischen Sinne bedarf immer auch einer materiellen Basis, d.h. die politisch führende Klasse oder Klassenfraktion muss maßgeblich auch an den entscheidenden ökonomischen Aktivitäten in einer spezifischen Gesellschaftsformation beteiligt sein (GH 13: 1567).

4 Der im Folgenden verwendete Abhängigkeitsbegriff bezieht sich auf dieses regulationstheoretische Konzept von Abhängigkeit. Dies gilt, wenn von 'Staaten/Staatlichkeit in abhängigen Formationen/Gesellschaften' die Rede ist.

Inwieweit das Hegemoniekonzept Gramscis auf abhängige Gesellschaften übertragen werden kann, ist umstritten. In der Literatur, die sich mit der Durchsetzung des Neoliberalismus in Lateinamerika in den 1990er Jahren befasst, finden sich divergierende Positionen: Ein Teil der Autoren geht davon aus, dass die Durchsetzung im Rahmen eines hegemonialen Prozesses erfolgte (Boris 2001; Burchardt 2004; Schmalz/Tittor 2005). Ein anderer Teil argumentiert, dass zwar durchaus eine temporär breite Unterstützerbasis für das neoliberale Projekt gewonnen werden konnte, dass diese Basis jedoch weniger auf einem *aktiven*, denn auf einem *passiven Konsens* beruhte. Dieser resultierte aus mangelnden konzeptionellen Alternativen, der Atomisierung der Gesellschaften und dem Scheitern alternativer Experimente – insbesondere in Argentinien und Peru (Boris et al. 2005; Oliver Costilla 2005; Osorio 2003).

Diese letzte Argumentationslinie basiert auf der Annahme, dass es in den lateinamerikanischen Gesellschaften keine ausgeprägte, historisch gewachsene Zivilgesellschaft⁵ gibt, in der ein hegemoniales Projekt diffundieren und sich schließlich ein gesamtgesellschaftlich hegemonialer Zustand etablieren könnte. Vorhanden sind vor allem die materiellen Grundlagen der Hegemoniebildung, weniger aber deren politisch-kulturelle Ausformung mittels einer „Vielzahl anderer sogenannter privater Aktivitäten und Initiativen, die den Apparat der politischen und kulturellen Hegemonie der herrschenden Klassen bilden“ (GH 8: 1043). Um gesellschaftliche Transformationsprozesse in der lateinamerikanischen Peripherie – und eventuell auch in anderen abhängigen Regionen – zu erfassen, ist meines Erachtens im Anschluss an Robert Cox der Rekurs auf das gramscianische Konzept der *passiven Revolution* sinnvoll (ebd. 1993: 55; für Lateinamerika: Boris et al. 2005; Morton 2003; Soederberg 2001). Bei einer passiven Revolution handelt es sich um einen graduellen, gesellschaftlichen Transformationsprozess im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise, in dessen Verlauf die alten, dominanten gesellschaftlichen Kräfte aus ihrer Position verdrängt werden, ohne dass es zu einem revolutionären Bruch kommt (zu verschiedenen Facetten des Begriffs, vgl.: Adolphs/Karakayali 2007). Von entscheidender Bedeutung sind im Rahmen einer passiven Revolution die politischen Institutionen. Diesen fällt die Aufgabe zu, die neuen gesellschaftlichen Kräfte, die selbst noch keine ausreichende Stärke – im Sinne einer ausgeprägten Fähigkeit zur Hegemoniebildung – aufweisen, führend zu machen. Daraus kann zwar Hegemonie resultieren, diese bezieht sich allerdings nur auf eine begrenzte Anzahl sozialer Gruppen und nicht auf die gesamten in einer Formation vorhandenen gesellschaftlichen Kräfte (GH 10: 1243; 15: 1727; 15: 1778f.). Verwendet man das Konzept der passiven Revolution in Verbindung mit Pou-

5 In Lateinamerika wurde der Zivilgesellschaftsbegriff lange Zeit vorrangig im Zusammenhang mit dem Übergang von Militärdiktaturen zu formal-demokratischen Regierungssystemen verwandt und hatte daher eine liberale Konnotation (vgl. Maihold 2002).

lantzas staatstheoretischen Überlegungen, so wird deutlich, dass dieser gesellschaftliche Transformationsprozess mit dem Wechsel der hegemonialen Kapitalfraktion im *Block an der Macht*, in dem die herrschenden Kräfte organisiert sind (Poulantzas 2001: 56), einhergeht.

Das Konzept der passiven Revolution ermöglicht es, Prozesse gesellschaftlichen Wandels in abhängigen Formationen unter Berücksichtigung sowohl von strukturellen Aspekten als auch von sozialen Auseinandersetzungen zu analysieren. Zudem können Spezifika dieses Prozesses benannt werden, z.B. die größere Bedeutung der staatlichen Institutionen für die Organisation der herrschenden Klassen und Klassenfraktionen in abhängigen Gesellschaften.

Sinnvoll ist es, diese Überlegungen durch solche staatstheoretischen Analysen zu ergänzen, die insbesondere die politischen Apparate und ihre Transformationen in den Blick nehmen. Unter Bezugnahme auf Poulantzas ist davon auszugehen, dass auch in abhängigen Gesellschaften ein spezifisches und historisch variables Kräfteverhältnis vorliegt, das sich materiell im Staat verdichtet und dessen institutionellen Aufbau sowie die Prioritätensetzung staatlichen Handelns in spezifischen historischen Konjunkturen prägt (Poulantzas 2002).⁶ Dies erlaubt es, konkreter zu analysieren, wie die Verankerung bestimmter hegemonialer Projekte in spezifischen Apparaten, die mit einem je eigenen institutionellen Gewicht ausgestattet sind, die Implementierung spezifischer Politiken und die Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse befördert. Dies wird im Folgenden bezüglich des mexikanischen Übergangs zum Postfordismus verdeutlicht.

3. Aktuelle Transformationen am Beispiel Mexiko:

Vom nationalen Entwicklungsstaat zum Wettbewerbsstaat

In Mexiko bildete sich – wie in anderen lateinamerikanischen Formationen – nach der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg ein Kräfteverhältnis heraus, das zur Etablierung einer peripher-fordistischen Entwicklungsweise und eines *nationalen Entwicklungsstaates* beitrug. Hegemonial im Block an der Macht war in diesem Zeitraum die *nationale Bourgeoisie*, welche aus kleinen und mittelständischen Unternehmern bestand, deren Aktivitäten auf den nationalstaatlichen Rahmen bezogen sind (Osorio 2003: 22). Mit der Implementierung einer Akkumulationsstrategie der Import-Substitutions-Industrialisierung und einer sie flankierenden korporatistischen Regulationsweise wurde versucht, Mexiko aus der export-orientierten Weltmarkteinbindung zu lösen. Der Entwicklungsstaat zeichnete sich aus durch die ökonomische Intervention in Bereichen, welche für Privatinvestoren noch nicht interessant waren, aber

6 Poulantzas geht davon aus, dass in diesem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis auch gesellschaftliche Akteure vorhanden sind, die nicht-kapitalistischen Produktionsweisen entstammen (Poulantzas 2002: 158). Dem liegt die theoretische Annahme zugrunde, dass in einer konkreten Gesellschaftsformation die kapitalistische Produktionsweise immer mit nicht-kapitalistischen Produktionsweisen artikuliert ist (vgl. ausführlicher hierzu: Alnasseri 2003).

als Grundlage für die nationale Industrialisierung benötigt wurden, wie beispielsweise dem Elektrizitätssektor.

Ab Mitte der 1960er Jahre zeigte die gesellschaftliche Allianz, welche das nationalistische Entwicklungsprojekt getragen hatte, jedoch zunehmende Risse. Diese resultierten aus der Krise der peripher-fordistischen Entwicklungsweise, die mit veränderten globalen Bedingungen korrelierte. Die zunehmenden Probleme der Entwicklungsweise manifestierten sich unter anderem in der Aufgabe der Ernährungssouveränität ab 1968, den hohen Kosten der Industrieproduktion und dem Anstieg der externen Verschuldung. Weiter verschärft wurde die Krise durch die Massaker an Studenten 1968 und 1971. Diese Entwicklungen führten zu vielfältigen Friktionen im Lager der nationalistischen Kräfte, was zu ihrer Schwächung beitrug. Zeitgleich entstanden in Mexiko mit dem Aufkommen der Neuen Internationalen Arbeitsteilung neuartige Produktionsstandorte im Bereich der Automobil- und Elektronik- sowie der petrochemischen Produktion. In diesen auf den Weltmarkt ausgerichteten Sparten investierten vorrangig ausländisches Kapital und die mit ihm alliierte Kompradorenbourgeoisie, deren ökonomische Position dadurch gestärkt wurde (ebd. 2003: 23). Im Rahmen dieses gesamtgesellschaftlichen Umwälzungsprozesses verloren die auf den nationalstaatlichen Rahmen fokussierenden Kräfte an Bedeutung, während die Kompradorenbourgeoisie zunehmend an Einfluss gewann. Im Block an der Macht kam es in Folge zu einer sukzessiven Verdrängung der nationalen Bourgeoisie aus der hegemonialen Position und zum Aufstieg der Kompradorenbourgeoisie.

Letztere eroberte somit abermals, wie bereits vor der Weltwirtschaftskrise von 1929 eine ökonomische Führungsposition, allerdings gelang es ihr nicht, diese auch politisch-ideologisch zu unterfüttern und über den *Block an der Macht* hinaus mittels privater Organisationen zu verallgemeinern und breit zu sozialisieren. Ein elementarer Faktor bei der Durchsetzung der von der Kompradorenbourgeoisie favorisierten internationalen Entwicklungsstrategie war die institutionelle Verankerung des Prinzips „debt as social discipline“ im Rahmen der Schuldenkrise. Auf dieser Grundlage konnte ein passiver Konsens für bestimmte Politikoptionen wie Privatisierung und Liberalisierung geschaffen werden, da auch subalterne Kräfte auf den Zufluss und den Verbleib von Kapital im Land hofften (vgl. Soederberg 2001). Es handelt sich beim Übergang zum neoliberalen Postfordismus in Mexiko somit um einen Prozess, der als passive Revolution analysiert werden kann.

Im Zusammenhang mit der oben skizzierten Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses kam es auch zu einer Transformation der staatlichen Apparate, die als „Internationalisierung des Staates“ (Hirsch 2005) bezeichnet werden kann. Dieser Prozess weist verschiedene Facetten auf, die an dieser Stelle nicht allesamt ausführlich diskutiert werden können. So ist in Mexiko im Kontext der Finanzialisierung des globalen Akkumulationsprozesses (Aglietta

2000) eine zunehmende Bedeutung der Finanzministerien und der Zentralbanken zu konstatieren, welche vor allem die Interessen internationaler Investoren und der mit ihnen alliierten nationalen Kräfte vertreten (Laurell/Fernández 1991). Dies korreliert mit einer abnehmenden Bedeutung staatlicher Apparate, die auf breitere Bevölkerungsinteressen bezogen sind (Boris 2005: 71). Auch die Re-Skalierung von Staatlichkeit stellt eine Facette des Internationalisierungsprozesses dar. So gewinnt die supranationale Ebene – z.B. im Rahmen der Einbindung der Nationalstaaten in internationale Organisationen – zunehmend an Bedeutung für staatliches Handeln. Dies trifft für Mexiko ebenso wie für andere lateinamerikanischen Gesellschaften zu, die seit der Schuldenkrise von 1982 in ein immer dichteres Netz von internationalen institutionellen Verpflichtungen und Vertragswerken eingebunden sind (Boris et al. 2005: 271).

Eine bedeutende Dimension der Internationalisierung des Staates, auf die hier ausführlicher eingegangen werden soll, ist der Übergang von nationalen Entwicklungsstaaten zu Wettbewerbsstaaten (Oliver Costilla 2005; Soederberg 2005). In Mexiko bildete sich eine Wettbewerbspolitik heraus, deren Ziel es ist, über die Ausbeutung von im Überfluss vorhandenen Rohstoffen, wie z.B. Erdöl, und des Produktionsfaktors 'billige Arbeit', neues Kapital in diesen exportorientierten Branchen anzuwerben und bereits investiertes Kapital zu halten. Gleichzeitig wurde Abstand genommen von Maßnahmen zur Förderung der Industrie oder dem Ausbau des Binnenmarktes (vgl. Boris 1996; Bulmer-Thomas 2003: 389-391).

Gegen Ende der 1970er Jahre fiel in Mexiko nach massiven gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Beschluss, den Ausbau der Erdölförderung voranzutreiben. Abschied genommen wurde von der bis dato praktizierten nationalistischen Erdölpolitik, die primär auf die Befriedigung der nationalen Nachfrage und den Aufbau nationaler Expertise setzte (Teichman 1988: 58-86 und 94-110). Ziel der mexikanischen Erdölpolitik ist seither eine kontinuierliche Steigerung der Produktion für den Export, verbunden mit der zunehmenden Öffnung des Sektors für private Investoren, bei denen es sich vorrangig um transnationale Konzerne handelt und in einzelnen Teilbereichen des Sektors auch um die mexikanische Kompradorenbourgeoisie (zu den Konflikten in diesem Prozess, vgl. Heigl 2006).

Zudem setzt Mexiko seit den 1960er Jahren und verstärkt seit Beginn der 1980er Jahre darauf, durch die Ansiedlung von *Maquiladora*-Unternehmen billige, gering- oder unqualifizierte Arbeitskraft im globalen Wettbewerb einzubringen (Jaime 2004: 40). Besonders interessant ist dieser Investitionsbereich ebenfalls für die mexikanische Kompradorenbourgeoisie und für ausländische Investoren – seitdem hier 1972 ausländische Direktinvestitionen von bis zu 100% zugelassen wurden (Morton 2003: 640; Turner Barragán 2004: 143). Zwischen 1982 und 1992 stieg die Zahl der *Maquiladora*-Unternehmen explosionsartig von 580 auf 2000 an, die Zahl der Beschäftigten wuchs von ca. 130.000 auf 500.000 (Boris 1996: 42). Trotz eines Einbruchs zwischen März

2001 und März 2002 waren im Jahr 2002 30% der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe in *Maquiladora*-Unternehmen angesiedelt. Dieser Sektor erwirtschaftete 48% der gesamten Warenausfuhren und zog 15% der gesamten ausländischen Direktinvestitionen an (La Jornada 18. 1.2006).

Diese Beispiele zeigen, dass die Verankerung der neuen Wettbewerbsstrategie in den staatlichen Apparaten auf die exportorientierte Einbindung Mexikos in den nordamerikanischen Regionalblock und die Vertiefung einer Entwicklungsweise, die Züge des blutigen Taylorismus trägt, abzielt. Im Bereich der *Maquiladora*-Produktion werden in den US-amerikanischen Industriezentren die kapital- und technologieintensiven Arbeitsschritte durchgeführt; in Mexiko erfolgt die auf wenig qualifizierten Tätigkeiten basierende Endfertigung. Ein Großteil der *Maquiladora*-Produktion ist für den US-amerikanischen Markt bestimmt (Vidal 2004). Der NAFTA-Vertrag war Ausdruck dieser Strategie und intensiverte sie zugleich, da hier beispielsweise die Steuerfreiheit für die *Maquiladora*-Produktion fixiert wurde (Turner Barragán 2004). Auch im Bereich der Erdölförderung und -verarbeitung zeigt sich eine Arbeitsteilung, in der die komplexen technologieintensiven Prozesse, insbesondere die Raffinierung des Rohöls, in den USA stattfinden, während in Mexiko ausschließlich die Förderung betrieben wird. Im Jahr 2004 stieg Mexiko nach Kanada zum zweitgrößten Rohöllieferanten der USA auf (*New York Times* 3.3.2005).

Deutlich wird auch, dass die mexikanische Gesellschaft seit Beginn der 1980er Jahre sukzessive transformiert und auf diesen neuen Wettbewerbstypus ausgerichtet wurde. So wurden im Rahmen dieses Prozesses die ausländischen Investoren und die mit ihnen alliierte Kompradorenbourgeoisie gestärkt, gleichzeitig kam es zur massiven Schwächung der organisierten ArbeiterInnen: In den *Maquiladora*-Unternehmen herrscht ein geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad, was zu einer Desartikulation dieser gesellschaftlichen Kräfte beiträgt. Zudem wurden Gewerkschaften, die dem exportorientierten Entwicklungsmodell kritisch gegenüberstanden, beispielsweise die Gewerkschaft der Erdölarbeiter STRPM, mittels einer Mischung aus Repression und Kooptation auf die neue Linie eingeschworen (Teichman 1995). Auch die nationale Bourgeoisie war von der Strategie der Exportförderung negativ betroffen. So halbierte sich die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen in der verarbeitenden Industrie zwischen 1988 und 1993 nahezu (Murillo 2001: 100).

Der Übergang vom Entwicklungs- zum Wettbewerbsstaat ist, wie das Beispiel Mexiko zeigt, auch in abhängigen Formationen Ausdruck veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Gleichzeitig wirkt der Staat aktiv an der Re-Konfiguration des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses mit, z.B. indem er eine spezifische Wettbewerbspolitik betreibt. Deutlich wird, dass interne Kräfteverhältnisse durchaus einen Anteil haben an der Art und Weise, wie eine Gesellschaft dem Wettbewerb im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs ausgesetzt wird. Dies erlaubt es, über die Konzeptionalisierung des

Staates als 'black box' wie in den Debatten um Dependenz oder als 'Opfer' gesellschaftlicher Konflikte wie in der Debatte um *failed states* hinauszugehen.

4. Fazit

Die hier vorgestellten Ansätze erlauben es, sowohl Strukturen als auch Kräfteverhältnisse bei der Analyse von Staatlichkeit in abhängigen Formationen zu berücksichtigen. Der Rekurs auf sie scheint fruchtbar, um in der Analyse der aktuellen Transformationen von Staatlichkeit sowohl den Strukturbias der Dependenztheorie und Staatsableitung zu überwinden, als auch eine reine Akteursanalyse, wie im Rahmen der Debatte um *failed states* praktiziert, zu umgehen.

Obwohl an dieser Stelle nur eine knappe Skizze des Ertrags einer solchen Analyse vorgenommen werden konnte, zeigt sich, dass diese Ansätze über ein differenziertes Analyseinstrumentarium verfügen: Die Regulationstheorie verweist sowohl auf die strukturelle als auch auf die strategische Dimension der Verortung einzelner Gesellschaften im Weltmarktzusammenhang; der Begriff der passiven Revolution erlaubt es, die spezifische Dynamik gesellschaftlicher Transformationsprozesse im integralen Staat abhängiger Formationen zu thematisieren; der Rekurs auf die (neo-)poulantzianische Analyse zeigt, dass auch der Staat in abhängigen Gesellschaften nicht quasi automatisch die Interessen einer bestimmten Kapitalfraktion verfolgt, sondern dass dieses zunächst im Zuge gesellschaftlicher Auseinandersetzungen durchgesetzt werden muss.

Deutlich wurde zudem, dass auf der Grundlage dieser Ansätze auf einer abstrakten Ebene keine Unterscheidung zwischen den kapitalistischen Staaten in der Metropole und in der Peripherie getroffen werden kann. Bezug genommen werden muss vielmehr auf das historisch-konkrete Kräfteverhältnis in einer Gesellschaftsformation oder in einer Region mit einem ähnlichen historischen Entwicklungsverlauf und seine spezifische Wechselwirkung mit den internationalen Verhältnissen. Daher können keine generalisierenden, abstrakten Aussagen über 'den peripheren Staat' erfolgen, was aber nicht bedeutet, dass eine kritische Forschungsperspektive aufgegeben werden muss. Vielmehr erscheint es notwendig – angesichts eines komplexen Wechselspiels von externen und internen Faktoren –, sich bei der Analyse von Staaten in abhängigen Formationen auf bestimmte zeitlich-räumliche Bezugspunkte zu konzentrieren und so die Charakteristika von Staaten in bestimmten Regionen und für bestimmte historische Konjunkturen herauszuarbeiten.

Am Beispiel Mexiko zeigt sich, dass die neoliberal-kapitalistische Vergesellschaftung aus konkreten gesellschaftlichen Konflikten und ihrer Artikulation mit den Weltmarktverhältnissen resultiert und mit der Transformation des institutionellen Gefüges einhergeht. Die Verankerung eines spezifischen polit-ökonomischen Projekts – beispielsweise die Durchsetzung einer exportorientierten Wettbewerbsstrategie – bewirkt dabei eine Verstetigung dieses Projekts über einen gewissen Zeitraum hinweg. Betrachtet man durch diese theoretische Brille die

aktuellen Entwicklungen in Südamerika, so ist auch hier von einer beträchtlichen Stabilität des neoliberal-kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus auszugehen. Eine Abkehr bedarf neben der Wahl von Mitte-Links-Regierungen langfristiger Kämpfe, die auch auf eine Transformation des staatlichen Gefüges und den hier eingelassenen Wettbewerbsstrategien abzielen.

Literatur

- Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat (2007): Die Vergesellschaftung der Politik, oder: Die Aktivierung der Subalternen Gegenhegemonie und passive Revolution, in: Buckel, Sonja; Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden.
- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London.
- Aglietta, Michel (1982): World Capitalism in the Eighties, in: *New Left Review* Nr. 136, 5-42.
- Aglietta, Michel (2000): *Ein neues Akkumulationsregime*, Hamburg.
- Almasseri, Sabah; Brand, Ulrich; Sablowski, Thomas; Winter, Jens (2001): Raum, Regulation und Periodisierung des Kapitalismus, in: *Das Argument* 239, 23-42.
- Almasseri, Sabah (2003): Ursprüngliche Akkumulation, Artikulation und Regulation. Aspekte einer globalen Theorie der Regulation, in: Brand, Ulrich; Raza, Werner (Hrsg.): *Fit für den Postfordismus?*, Münster, 131-157.
- Altwater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (2002): *Globalisierung der Unsicherheit*, Münster.
- Alvarez, Sonia E.; Dagnino, Evelina; Escobar, Arturo (1998): *Cultures of Politics. Politics of Cultures*, Boulder / Oxford.
- Amdsen, Alice (2001): *The Rise of „The Rest“. Challenges to the West from Late-Industrializing Economies*, New York.
- Boris, Dieter (1996): *Mexiko im Umbruch*, Darmstadt.
- Boris, Dieter (2001): *Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas*, Hamburg.
- Boris, Dieter; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (2005): Reflexionen zur „neoliberalen Hegemonie“ in Lateinamerika, in: Dies. (Hg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?*, Hamburg, 270-282.
- Boris, Dieter (2005): Neoliberalismus und Landwirtschaft in Lateinamerika, in: Ders.; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?*, Hamburg, 69-86.
- Brand, Ulrich (2003): Regulation und Politik. Theoretische Probleme der Internationalisierung und die „Empire“-These, in: Ders.; Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster, 304-325.
- Bulmer-Thomas, Victor (2003): *The Economic History of Latin America since Independence*, Cambridge/New York.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2004): *Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus*. Stuttgart.
- Cox, Robert W. (1993): Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method, in: Gill, Stephen (Hg.): *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge, 49-66.
- Debiel, Tobias (2005): Fragile Staaten als Problem der Entwicklungspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 28-29, 12-18.
- Evers, Tilman (1977): *Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt*, Köln, Frankfurt/M.
- Frank, André Gunder (1980): Wirtschaftskrise und Staat in der Dritten Welt, in: *Starnberger Studien 4, Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft*, Frankfurt/M., 225-268.
- Frank, André Gunder (2000): The Development of Underdevelopment, in: Roberts, Timmons J.; Hite, Amy (Hg.): *From Modernization to Globalization*, Malden (1969), 159-168.
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): *Gefängnishefte Heft 1-29*, 9 Bände, Hamburg und Berlin.
- Hanisch, Rolf; Tetzlaff, Rainer (1981): Der Staat in Entwicklungsländern als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, in: Dies. (Hg.), *Staat und Entwicklung*, Frankfurt/M., 13-53.
- Heigl, Miriam (2006): Private is beautiful? Zu den Auseinandersetzungen um die Eigentumsrechte am mexikanischen Energiesektor, in: *Peripherie*, Nr. 101/102, 26. Jg., 147-165.
- Hippler, Joachen (2005): Failed States und Globalisierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 28-29, 3-5.
- Hirsch, Joachim (1993): Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: *Das Argument*, Nr. 198, 195-221.

- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie*, Hamburg.
- Jaime, Edna (2004): Fox's Economic Agenda: An Incomplete Transition, in: Rubio, Luis; Kaufman Purcell, Susan (Hg.): *Mexico under Fox*, Boulder/London, 35-64.
- Jessop, Bob (2005): *The Future of the Capitalist State*, Cambridge/Malden.
- Jessop, Bob; Sum, Ngai-Ling (2006): *Beyond the Regulation Approach*, Cheltenham/Northampton.
- Johnson Ceva, Kristin (1998): Business-Government Relations in Mexico Since 1990: NAFTA, Economic Crisis, and the Reorganization of Business Interests, in: Roett, Riordan (Hrsg.): *Mexico's Private Sector: Recent History, Future Challenges*, Boulder, 125-160
- Kay, Cristóbal (1989): *Latin American Theories of Development and Underdevelopment*, London.
- Lall, Sanjaya (2003): *Reinventing industrial Strategy. The Role of Government Policy in Building Industrial Competitiveness*, Oxford.
- Laurell, Cristina; Fernández, Nuria (1991): Un vasto bloque opositor, in: Vidal, Gregorio; Valenzuela, José C. (Hg.): *Cambio estructural y bloque en el poder*, México D.F., 171-179.
- Leborgne, Danièle; Lipietz, Alain (1996), Postfordistische Politikmuster im globalen Vergleich, in: *Das Argument* Nr. 217, 697-712.
- Leibfried, Stephan; Zürn, Michael (2006): *Transformationen des Staates?*, Frankfurt/M.
- Lipietz, Alain (1984): Imperialism or the beast of the apocalypse, in: *Capital & Class*, Nr. 22, 81-109.
- Maihold, Günther (2002): Zwischen Verzweigung und Internationalisierung. Stationen des Umbruchs der Zivilgesellschaft in Lateinamerika, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 5, 140-142.
- Menzel, Ulrich (1995): *Geschichte der Entwicklungstheorie*, Hamburg (Schriften des Deutschen Übersee-Instituts Nr. 31), 3. noch mal überab., erw. und aktual. Auflage.
- Morton, David Adam (2003): Structural change and neoliberalism in Mexico: „passive revolution“ in the global political economy, in: *Third World Quarterly*, Nr. 4, Vol. 24, 631-653.
- Murillo, Maria Victoria (2001): *Labour Unions, Partisan Coalitions, and Market Reforms in Latin America*, Cambridge.
- Oliver Costilla, Lucio (2005): Revisitando al Estado. Las Especificidades actuales del Estado en América Latina, in: Castro Escudero, Teresa; Ders. (Hg.): *Poder y política en América Latina*, Mexiko-Stadt, 50-86.
- Ortiz Mena, Antonio (2003): *Mexico in the Multilateral Trading System*, Mexiko-Stadt (Documento de Trabajo Nr. 96 del Centro de Investigación y Docencia Económicas (CIDE)).
- Osorio, Jaime (2003): La centralidad del Estado en la mundialización, in: Aboites Aguilar, Jaime; Ortiz Cruz, Eitelberto; Reyes Garmendía, Ernesto Soto (Hg.): *Estado versus mercado Ruptura o nueva forma de regulación?*, Mexiko-Stadt, 17-39.
- Poulantzas (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in: Hirsch, Joachim; Jessop, Bob; ders. (Hg.): *Die Zukunft des Staates*, Hamburg (1975), 19-70.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie*, Hamburg (1973).
- Risse, Thomas (2005): Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, in: *Internationale Politik*, September, 6-12.
- Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (2005): Hegemoniezyklen in Lateinamerika - Einführung und Kontext, in: Boris, Dieter; Dies. (Hg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?*, Hamburg, 7-39.
- Schneckener, Ulrich (2005): Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 28-29, 26-31.
- Soederberg, Susanne (2001): From Neoliberalism to Social Liberalism: Situating the National Solidarity Program within Mexico's Passive Revolutions, in: *Latin American Perspectives*, Nr. 3, Vol. 28, 104-123.
- Soederberg, Susanne (2005): The Rise of Neoliberalism in Mexico: From a Developmental to a Competition State, in: Dies.; Menz, Georg; Cerny, Philip G. (Hg.): *Internalizing Globalization*, Houndmills/New York, 167-182.
- Teichman, Judith A. (1988): *Policymaking in Mexico*, London u.a..
- Teichman, Judith (1995): *Privatization and Political Change in Mexico*, Pittsburgh.
- Turner Barragán, Ernesto Henry (2004): La industria maquiladora de exportación mexicana en los procesos de integración de América del Norte, in: Vidal, Gregorio (Hg.): *México en la Región de América del Norte. Problemas y Perspectivas*, Mexiko-Stadt, 131-158.
- Vidal, Gregorio (2004): El Crecimiento por Medio de la Exportación de Manufacturas, el Avance de la Reforma Económica y las Grandes Empresas, in: Ders. (Hg.): *México en la Región de América del Norte. Problemas y Perspectivas*, Mexiko-Stadt, 53-78.